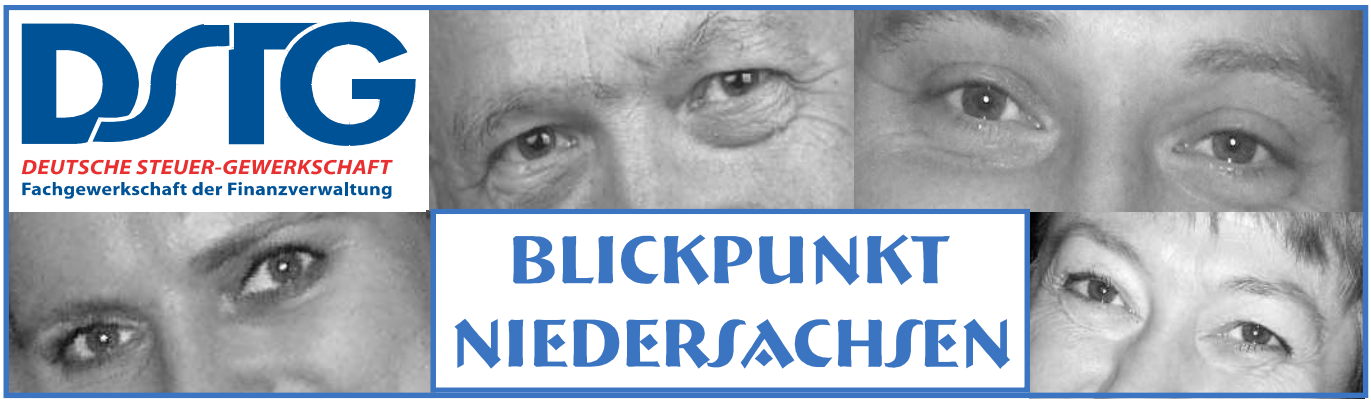
DSTG
DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



BLICKPUNKT NIEDERSACHSEN

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Die DSTG trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Willi Fritsche

Vor fast 8 Monaten gratulierten wir an dieser Stelle unserem langjährigen Vorsitzenden zum 90. Geburtstag. Am 14. Mai hörte sein Herz, das Herz eines großen Gewerkschaftlers und engagierten Personalrats auf zu schlagen.

Willi Fritsches Leben war geprägt durch die Kriegs- und Nachkriegszeit. Not und Elend hatte er hautnah erfahren. Künftigen Generationen sollte vergleichbares Leid erspart bleiben. Hohe soziale Kompetenz war die Antriebsfeder seines Handelns.

Er schloss sich daher frühzeitig dem Bund Deutscher Steuerbeamten an. Die Aufgabe des Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats wurde seinen Neigungen gerecht. Hier konnte er für seine Mitmenschen kämpfen. Er trat jedoch nicht nur im Berufsleben für seine Kolleginnen und Kollegen ein, sondern über die Beamten-Wirtschafts-GmbH schuf er preiswerte Erholungsmöglichkeiten für die Mitglieder seiner Gewerkschaft.

Besonders lag ihm das Haus Niedersachsen in Hahnenklee-Bockswiese am Herzen, das er regelmäßig besuchte und betreute. 15 Jahre war er bis 1988 Landesvorsitzender der DSTG, deren Mitglieder ihm ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Dr. Thorsten Eichenauer
DSTG Landesvorsitzender

In dieser Ausgabe finden Sie u. a. Berichte über folgende Themen:

- Klausur des GfV in Cuxhaven
- Bundeshauptvorstand in Grainau
- Landesvorstand in Hannover
- Ortsverband Norden
- dbb Frauen in Berlin
- Anhörung zur Personalbedarfsberechnung (Persbb)

JUNI 2014 - JAHRGANG 17 - NR. 104

Besuch von Mitgliedern der Stufenvertretungen in der Steuerakademie in Rinteln

Am 13. Mai 2014 besuchten die Vorsitzenden der Stufenvertretungen Hauptpersonalrat (Finanzen) [HPR] Veronika Deppe und Bezirkspersonalrat (Finanzen)[BPR] Uschi Japtok sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen im HPR Franziska Wallenhorst (FA Vechta) und Keno Poppen (FA Leer) und im BPR Annika Sklenak (FA Hildesheim) und Sebastian Hots (FA Westerstede) die Steuerakademie in Rinteln.

Der Grund für den Besuch war ein Gespräch mit den Mitgliedern des Studierendenrates und des Akademierates sowie den Dozenten. In diesem Gespräch wollten sich die Vertreter/innen aus HPR und BPR über die Situation der Studierenden und die Räumlichkeiten in Rinteln informieren.

Im Vorfeld waren einige Kritiken über die Unterrichtsgestaltung an die Gremienvertreter herangetragen worden, die aber vor Ort nicht bestätigt wurden. Vielmehr ist der Eindruck entstanden, dass sich die Dozenten viel Mühe geben, um die Studierenden auch in schwierigen Phasen zu unterstützen und ggf. auch während der Praxisphase mit weitergehenden Übungsmaterialien zu versorgen. Die jetzt geäußerten Wünsche der Vertreter des Akademierates und des Studierendenrates, z.B. nach besserer Vorbereitung auf die Klausursystematik, versprachen die teilnehmenden Dozenten umzusetzen.

Grundsätzlich kann natürlich immer einiges verbessert werden. Die Stufenvertretungsmitglieder haben aber den Eindruck gewonnen, dass die Zusammenarbeit zwischen Lehrkörper und den Vertretern der Studierenden problemlos erfolgt. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus den Stufenvertretungen werden mit den dortigen Vertretern in Kontakt bleiben.

Die Besichtigung der Räumlichkeiten in der Steuerakademie hat großen Handlungsbedarf gezeigt. Ein Umbau der Räumlichkeiten zur Schaffung weiterer Unterrichtsräume ist angesichts der zukünftigen Anzahl der Studierenden zwingend erforderlich. Bereits zurzeit entsprechen die Unterrichtsräume nicht in allen Fällen den Standards und machen damit eine erfolgreiche Unterrichtsgestaltung schwierig.

Eine weitere Problematik wurde von den Dozenten an die Personalvertreter herangetragen. Es wird immer schwieriger, Gastdozenten zu gewinnen. Aufgrund der Arbeitsverdichtung und fehlenden Personalausstattung in den Finanzämtern sind einige Amtsleitungen nur eingeschränkt oder gar nicht bereit, die Steuerakademie mit Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen.

Hier wäre es wünschenswert, wenn die Finanzämter der Gestellung von Gastdozenten aufgeschlossener gegenüberstünden. Schließlich wollen wir alle gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen bekommen.

Aktuelle Informationen

finden Sie laufend auch im Internet

auf unserer Seite www.dstgnds.de

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. ***(C) 2014** - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten*

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

die niedersächsische Landesregierung hat sich die Steigerung der Einnahmen auf ihre Fahnen geschrieben. Unserer Unterstützung ist sie sicher. Leider ist jedoch das Getriebe „Einnahmeverwaltung“ in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten, weil die vielen kleinen Rädchen nicht mehr ineinander greifen konnten.
Wenn die Personalbedarfsberechnung Tag für Tag um 15 % bis 20 % unterschritten wird, sind auch für die tüchtigsten Beschäftigten die Leistungsgrenzen überschritten.

Unter diesem Personalmangel leidet die Einnahmeverwaltung seit Jahren. In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Bündnis 90/ Die Grünen eine Stärkung der Außendienste festgelegt. Es sollen dort sowohl zeitnah freie Dienstposten besetzt als auch in den kommenden 5 Jahren 100 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die alte Landesregierung die Personalausstattung ihrer Einnahmeverwaltung insgesamt stiefmütterlich behandelt hat. Nicht nur die Außendienste wurden vernachlässigt, sondern auch die Innendienste leiden mindestens ebenso stark unter dem Personalnotstand. Wer aber an der Einnahmeverwaltung spart, spart lediglich Einnahmen.

Der Personalfehlbestand betrifft unsere gesamte Verwaltung. Es wird wenigstens noch einige Jahre dauern, ehe eine Verbesserung nachhaltig greifen wird. Bei allen geplanten personellen Veränderungen ist zu beachten, dass Innen- und Außendienst wechselseitig aufeinander angewiesen sind**.**

Innen- und Außendienst sind ein Team.

Leistungen müssen anerkannt werden. Beförderungen sind die dokumentierte Anerkennung. Anerkennung darf nicht durch Planstellenmangel verhindert werden.

Im 2. Einstiegsamt der 1. Laufbahngruppe erbringt jede/ jeder Beschäftigte mindestens nach BesGr A 8 BBesO, im 1. Einstiegsamt der 2. Laufbahngruppe mindestens nach BesGr. A 11 BBesO bewertete

Tätigkeiten.

Ich fordere, künftig darf die Beförderung in dieses Amt nicht von Planstellen abhängig, sondern sie muss ausschließlich leistungsorientiert sein. Folglich sind alle Eingangsämter des 2. Einstiegsamtes der 1. Laufbahngruppe mit Planstellen der BesGr. A 8 BBesO und alle des 1. Einstiegsamtes der 2. Laufbahngruppe mit Planstellen der BesGr. A 11 BBesO zu hinterlegen.

Die neue Landesregierung hat unsere Forderung nach deutlich höheren Anwärterzahlen als richtig anerkannt. Sie will in den nächsten Jahren bis zu 500 Nachwuchskräfte jährlich ausbilden. Dazu kommen nicht zuletzt dank des großen Einsatzes unseres Tarifvertreters Reiner Küchler ab 2016 100 Tarifbeschäftigte pro Jahr. Wir haben nicht nur überzeugt, wir haben uns durchgesetzt.

Ich habe aber große Zweifel, dass unsere Verwaltung attraktiv genug ist, um sich auf dem Markt der Berufsanfänger zu behaupten. Im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen und um die Funktionsfähigkeit unserer Verwaltung zu sichern, müssen wir die Bewertung unserer Dienstposten deutlich anheben. Die Bewertung muss endlich den Leistungsanforderungen entsprechen. Meine Forderung gilt für alle Laufbahngruppen aller Dienststellen.

Die Politikerinnen und Politiker haben aufgrund der Schuldenbremse ab 2020 ihre Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen.

Dieses Ziel erreichen sie nur, wenn die Einnahmeverwaltung personell qualitativ und quantitativ sehr gut ausgestattet ist. Um diese Bedingung zu erfüllen, muss die leistungsorientierte Finanzverwaltung konkurrenzfähig, d.h. attraktiv sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

DSTG Bundeshauptvorstand zu Gast in Grainau

Der Bundeshauptvorstand ist das höchste Gremium der Deutschen Steuer-Gewerkschaft zwischen den Bundesgewerkschaftstagen.

Dessen diesjährige Sitzung fand vom 29. - 30. April im oberbayrischen Grainau statt. Aus Niedersachsen waren die Kolleginnen Veronika Deppe, Uschi Japtok, Henriette Schmager und die Kollegen Thorsten Balster, Reiner Küchler und Markus Plachta sowie Kerstin Neyer und Kathrin Nicolai dabei.

Sitzung des Bundeshauptvorstandes:

Der Lagebericht der Bundesleitung, Berichte der Tarifkommission, der Bundesfrauenvertretung und der Jugend standen ebenso auf dem Programm wie die aktuellen Entwicklungen im Beamten-, Tarif- und Steuerrecht.
Zentrales Thema der Sitzung waren aber vor allem Zukunftsfragen der Finanzverwaltung.

In der Diskussion standen die Implementierung von KONSENS-Produkten und die Auswirkung auf die Arbeitssituation in den Finanzämtern.

Die Beschäftigten in den Finanzämtern empfinden die fortschreitende Digitalisierung nicht mehr als Unterstützung, sondern als großen Stressfaktor bei der Bewältigung der täglichen Arbeit. Oftmals sind hierfür neben Hardware- und Softwareproblemen bei der Einführung neuer Programme auch die Leitungsprobleme Ursache. Die Stimmung insbesondere im Bereich des Innendienstes wird zunehmend negativer. In der Diskussion über eine Einschränkung der strafbefreienden Selbstanzeigen sprach das Gremium sich dafür aus, eine Strafbefreiung ab einer Hinterziehungssumme von 50.000 Euro abzuschaffen. Ab dieser Summe könne eine Nachlässigkeit keinesfalls mehr angenommen werden. Im Vergleich zu dem ehrlichen Steuerzahler sei dieses nicht mehr vertretbar.

Um die Interessen der Seniorinnen und Senioren auch bei den DSTG-Gremiumsentscheidungen optimal zu vertreten, wurde der Kollege Klaus Becht (z.Zt. noch Landesvorsitzender in Baden-Württemberg) zum Vorsitzenden der DSTG-Seniorenvertretung gewählt. Er wird die Interessen im Zusammenspiel mit der dbb-Bundesseniorenvertretung wahrnehmen.

Öffentliche Veranstaltung:

Der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler konnte im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung den Präsidenten des Landesamtes für Steuern, Dr. Roland Jüptner, sowie den Leiter der Personalabteilung im bayrischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Alexander Voitl begrüßen.

In seinem Eingangsreferat stellte der Bundesvorsitzende die über Jahrzehnte herausragenden Leistungen der Beschäftigten in der Steuerverwaltung heraus. Schade sei es nur, dass Politik und Dienstherren dieses nur in Weihnachtsbotschaften anerkennen würden, nicht jedoch im Rahmen der jüngsten Besoldungsrunden. Mit Ausnahme der Länder Bayern und Hamburg seien die Tarifergebnisse nicht eins zu eins auf den Beamtenbereich übertragen worden. An anderer Stelle aber werden Haushaltsmittel für externe Berater ausgegeben, die dann neue Steuerungsinstrumente ent-

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Bundeshauptvorstand

Fortsetzung von Seite 4

wickelten. Arbeitsentlastungen bei den Kolleginnen und Kollegen seien hierdurch aber oftmals nicht erreicht worden.

Die heutigen Arbeitsbedingungen im Finanzamt seien vor allem von der EDV geprägt. Allerdings stehe das digitale Zeitalter, betonte Thomas Eigenthaler, erst am Anfang. Der Datenaustausch in das EU-Ausland werde intensiviert, immer mehr Steuererklärungen gingen auf elektronischem Wege ein, das Thema einer Selbstveranlagung werde in der Politik diskutiert. Am Beispiel der Implementierung der KONSENS-Programme machte Kollege Eigenthaler sehr deutlich, dass es wichtig sei, bei Veränderungen in der Arbeitswelt die Beschäftigten nicht aus dem Blick zu verlieren. Eine Mitnahme der Kolleginnen und Kollegen vor Ort und die Schaffung einer Win-Win-Situation für Kollegenschaft und Dienstherrn gleichermaßen sei dringend geboten.

Dr. Jüpter bedankte sich für die gute und konstruktive Arbeit mit der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Er gab im Rahmen seiner Ausführungen einen aktuellen Überblick über die Situation im Freistaat Bayern und betonte seinerseits, dass Bayern das Tarifergebnis 2013 sofort auf den Beamtenbereich übertragen habe.

Auch er warb dafür, die Beschäftigten in den Mittelpunkt künftiger Reformen zu stellen. Ein sinnvolles Risikomanagement und die vorausgefüllte Steuererklärung halte er für die richtigen Schritte, um zu einer Arbeitsentlastung zu kommen. Inwieweit ein Selbstveranlagungssystem dazu gehöre, wäre noch zu klären. Die weitere Digitalisierung der Steuerverwaltung sei jedoch alternativlos. Allerdings müsse diese auch mit einer Anpassung der Steuergesetze begleitet werden. Hier arbeite bereits eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Voraussetzung seien aber leistungsfähige Datenautobahnen; nur so könne eine moderne und zukunftsorientierte Steuerverwaltung auch funktionieren.

Aus dem Landesvorstand

DSTG Landesvorstand tagte in Hannover

Am 09. April 2014 kam der DSTG-Landesvorstand zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Ein Schwerpunkt dieser Landesvorstandsitzung war, Anträge für den NBB-Landesgewerkschaftstag zu formulieren und zu beschließen. Hierfür wurden auch die auf dem DSTG-Landesverbandstag 2012 verabschiedeten Anträge aus den DSTG-Ortsverbänden und DSTG-Gremien auf die Möglichkeit einer Weiterleitung an den NBB-Landesgewerkschaftstag geprüft. Eine Weiterleitung (ggf. mit Zusatz oder redaktioneller Änderung) ist immer dann gegeben, wenn der NBB als Dachverband der DSTG Niedersachsen für die grundsätzlichen Verhandlungen zuständig ist, es sich also nicht um steuerverwaltungsspezifische Anträge handelt.

Ferner beschäftigte sich der Landesvorstand mit der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung. Viele Wahlvorstände hatten kritisiert, dass Vordrucke für die Wahl nicht zur Verfügung gestanden hätten. Für die kommende Wahl sollen hier Vordrucke auf der Seite der DSTG-Jugend eingestellt werden.

Einige Veränderungen - auch im Hinblick auf den DSTG-Landesverbandstag in 2016 - wurden angesprochen. Unsere Aufnahmeanträge wurden an das SEPA-Verfahren angepasst und sind auf der Homepage der DSTG Niedersachsen abrufbar. Die DSTG-Bund hat die Krankenhaustagegeldversicherung gekündigt. Bei Freizeitunfällen, die einen Krankenhausaufenthalt zur Folge haben, können sich unsere Mitglieder formlos an unsere Hilfs- und Unterstützungskasse wenden. Weiterhin wurden die Berichte der Arbeitsgruppen „Finanzämter für Fahndung und Strafsachen“, „Finanzämter für Großbetriebsprüfung“ und „Veranlagungsfinanzämter“ entgegengenommen..

In Planung sind zwei Seminare der DSTG Niedersachsen zu den Aufgaben und Inhalten der Arbeit auf Ortsebene. Zu gegebener Zeit werden die Seminare ausgeschrieben. Wir hoffen auf reges Interesse. In den Überlegungen des Landesvorstandes ist weiterhin, ein Seminar für die Beschäftigten der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt zu organisieren.

Unser Landesvorsitzender Thorsten Eichenauer hat Anfang des Jahres sowohl an einer Klausurtagung der DSTG-Bund über die künftige strategische Ausrichtung unserer Gewerkschaft als auch an der Sitzung

Fortsetzung auf Seite 6

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 5

des NBB-Landesvorstandes teilgenommen. Eines der dort behandelten Themen war der Landesgewerkschaftstag im Dezember.

Im Bund und in den Ländern entwickeln sich die Rahmenbedingungen von zentralen beamtenrechtlichen Themen immer weiter auseinander. Eine Vergleichbarkeit der Länder untereinander und mit dem Bund ist nicht mehr gegeben.

Für den Herbst 2014 ist ein erneuter bundesweiter Aktionstag ins Auge gefasst worden. Eine umfassende Teilhabe an dieser Aktion aus Niedersachsen wäre unbedingt wünschenswert, um auch bundesweit auf die Situation der Steuerverwaltung aufmerksam zu machen.

Auf Landesebene sind Verhandlungen zu sog. 81-er Vereinbarungen (Vereinbarungen nach § 81 NPersVG der Landesregierung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften) im Gange. Es handelt sich um die 81-er Vereinbarung zum Bereich IT, die 81-er Vereinbarung zum Schwerbehindertenrecht und die 81-er Vereinbarung Service und Gesundheit. In die Arbeit zur Vereinbarung Service und Gesundheit ist auch unser Kollege Andreas Grundmann eingebunden.

Zum Abschluss der Landesvorstandssitzung gratulierte der Landesvorsitzende an dieser Stelle noch den Kolleginnen **Conny Heinze** (FA Hannover-Nord), **Annika Sklenak** (FA Hildesheim) und **Svenja Hammer** (FA Cuxhaven) zu ihren Werbeerfolgen. Die drei niedersächsischen Kolleginnen befanden sich auf Bundesebene unter den **10 besten Werberinnen und Werbern für das Kalenderjahr 2013.**

Aus dem Landesvorstand

Klausursitzung des GfV in Cuxhaven

Die zweitägige Klausurtagung fand in der Zeit vom 22. - 23. Mai 2014 in Cuxhaven statt.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes (GfV) hatten hier die Möglichkeit, sich außerhalb von extremen zeitlichen Zwängen intensiv auszutauschen und Beschlüsse über die anstehenden Aktivitäten und die nächsten Ziele ihrer Arbeit zu fassen.

Gerade erst gehören die Personalratswahlen und der Landesverbandstag der DSTG Niedersachsen im Jahre 2012

Fortsetzung auf Seite 7

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 6

der Vergangenheit an, da gilt es bereits wieder, sich über das Kommende Gedanken zu machen. Auch Kolleginnen und Kollegen der Stufenvertretungen und des Landesvorstandes unterliegen dem demografischen Wandel. Vorausschauend beschäftigten sich die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes daher vor allem auch mit der Frage, wie die Zukunft aussehen wird. Dazu gehörten die personellen Überlegungen ebenso wie unsere Überlegungen zu den zukünftigen Zielen der Gewerkschaftsarbeit.

Wie kann der zunehmenden Arbeitsbelastung entgegengewirkt werden? Wie lassen sich die technischen Möglichkeiten verbessern? Wie sind bessere Leitungskapazitäten zu erreichen? Wie kann die Arbeitssituation durch andere Instrumente wie Heimarbeit und Telearbeit verbessert werden? Wie zahlt sich Leistung aus? Wie funktioniert das Team Finanzverwaltung? Welche Möglichkeit bietet die Finanzverwaltung für Bewerberinnen und Bewerber zukünftig?

Diese und viele Fragen mehr wurden im Rahmen dieser Klausursitzung aufgeworfen. Darüber hinaus wird zukünftig auch der Medienauftritt (Internetseite, soziale Netzwerke, u.ä.) überarbeitet bzw. neu konzipiert werden müssen. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben sich in dieser Sitzung ebenfalls mit neuen Medienwegen unter dem Gesichtspunkt: „Wie erreicht die DSTG ihre Mitglieder (und Nichtmitglieder)?“ beschäftigt.

Am Freitag um 17.00 Uhr beendete der Landesvorsitzende eine arbeitsintensive Klausursitzung. Die DSTG so das Ergebnis aus diesen zwei Tagen, wird auch zukünftig einen riesigen Forderungskatalog zu bearbeiten haben. In allernächster Zukunft finden wieder Gespräche mit den politischen Parteien statt. Dort wird die Forderung „Vergesst den Innendienst nicht!“ auch gegenüber den Fraktionen im Niedersächsischen Landtag geäußert werden. Die Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung erreichen nur dann das bestmögliche Ergebnis, wenn die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbereichen gut funktioniert.

Aus den Ortsverbänden

Ortsverband Norden hält Jahresversammlung ab

Am 27. Februar 2014 hatte der Vorstand des Ortsverbandes Norden zur Jahresversammlung eingeladen. Der 1. Vorsitzende Geralt Freese konnte in der Westgaster Mühle neben den aktiven Beamtinnen und Beamten und den Pensionären die stellvertretende Landesvorsitzende Henriette Schmager und den Landesvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer begrüßen.

Geralt Freese berichtete von der Arbeit des Vorstandes und dem Eintritt neuer Mitglieder. Der Ortsverband Norden hat nun 58 Mitglieder. Nach dem Verlesen des Kassenberichtes und der Entlastung des Vorstandes wurde eine neue

Geschäftsordnung verabschiedet und der Vorstand neu gewählt.

Folgende Mitglieder wurden in den Vorstand berufen:
1. Vorsitzender: Geralt Freese
stellvertretende Vorsitzende: Helga Krieger-Hetzke
Kassenwart: Hauke Müller
Schriftführer: Thorsten Dirks
Beisitzerin: Ina Rieger
Kassenprüfer: Hildegard Dirks und Matthias Engelbrecht

Fortsetzung auf Seite 8

Aus den Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 7

Als Tagesordnungspunkt 7 ehrten Geralt Freese und Thorsten Eichenauer folgende Mitglieder und bedankten sich für ihre langjährige Zugehörigkeit:

Eckhard Bellgardt, Tjado Blumhoff, Hildegard Dirks, Jutta Dirksen, Heiko Dörzbach, Matthias Engelbrecht, Dieter Fabian, Geralt Freese, Susanne Geiken, Thomas Grimm, Helga Kanne-Lindner, Horst Kloster, Marion Müller-Janssen, Friedhelm Schmidt, Harm Sporré, Hermann Tammen, Torsten Zinta (25 Jahre)

Martin Backer, Hans-Jürgen Daniels, Dieter Dirks, Max Grops, Roolf Holling, Horst Jaspers, Joachim Rüst, Walter Ufen, Herbert Walterling (40 Jahre)

Hermann Ewen, Heinz Fähnders, Peter Geddert, Arno Grimm, Wolfgang Gröger, Günther Rahmann, Hans Wacker (50 Jahre)

Horst Gieseler, Dietrich Hübner, Heino Meints (60 Jahre)

Im Anschluss berichtete der Landesvorsitzende von den Tätigkeiten des Landesverbandes. Mit einem gemeinsamen Grünkohlessen ging die Veranstaltung zu Ende.

Aus der Frauenvertretung

11. Frauenpolitische Fachtagung der dbb- Frauenvertretung

Am 25.03.2014 fand unter Beteiligung unserer Vertreterin Angelika König in Berlin die 11. Frauenpolitische Fachtagung der dbb- Frauenvertretung mit dem Thema

„Was „verdient“ die andere Hälfte des Himmels?“

statt.

Gender Budgeting ist ein fester Bestandteil der Gender Mainstreaming Strategie.
Gender Budgeting kann ein Instrument zur Förderung der gelebten Gleichstellung sein. Der Europarat definierte vor einigen Jahren:

„Gender Budgeting bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperpektive in alle Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.“

2002 beschloss die EU-Finanzministerkonferenz, zur Umsetzung der geschlechtergerechten Politik die Einführung von Gender Budgeting bis 2015 anzustreben. Im Bundeshaushalt besteht dieser Ansatz bislang (noch) nicht.

Einzelne Städte - Freiburg, Kassel, Münster und Berlin - sind bestrebt, Gender Budgeting Ansätze umzusetzen.

Deutlich besser aufgestellt ist unser Nachbarland Österreich. Hier wurde im Rahmen der Haushaltsreform am 01.01.2009 Gender Budgeting in der Bundesverfassung verankert.

Angelika König
DSTG Landesfrauenvertreterin

Die WohlfühlBank!
www.sparda-h.de

Sparda-Bank
freundlich & fair

Aus der Schwerbehindertenvertretung

Schulungen der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen wieder ein voller Erfolg

Seit mehr als 10 Jahren sind Ute Wehking und Axel Kreklow die Garanten für die erfolgreiche Fortbildung der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen. Dank ihres großen Einsatzes haben sie die Kolleginnen und Kollegen, die sich in ihren Dienststellen engagieren, zu einem schlagkräftigen Team geformt. Viele sind bereit, sich über ihre Aufgaben in ihrer Dienststelle hinaus einzubringen.

Dieser Teamgedanke wurde zum ersten Mal vor mehr als 10 Jahren deutlich, als aus dem Kreis der örtlichen Vertrauenspersonen die Anregung kam, man solle eine eigene Homepage schaffen. Viele waren zur Mitarbeit bereit - eine Bereitschaft, die nicht nur bestehen geblieben, sondern gewachsen ist.

Viele Referenten der Fortbildungsveranstaltungen kommen inzwischen aus dem Kreis der Vertrauenspersonen. Zunehmend halten die Kolleginnen und Kollegen über ihre eigene Erkrankung und die damit verbundenen Probleme Vorträge. Diese Tatsache spricht für die Vertrautheit der örtlichen Vertrauenspersonen untereinander. Diese Schulungsbeiträge versetzen die Interessenvertreter und -vertreterinnen vor Ort in die Lage, schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen bei der Bewältigung ihrer Probleme Hilfestellung zu geben.

(Ein ausführlicherer Bericht folgt im nächsten Blickpunkt)

Aus dem Landesvorstand

Anhörung zur Personalbedarfsberechnung in Potsdam am 20. Mai 2014

Auch wenn die Personalbedarfsberechnung (PersBB) im Wesentlichen nur noch als Personalverteilungsinstrument empfunden wird, soll sie doch wie bisher einen wesentlichen Beitrag zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung leisten. Nach den Ergebnissen der PersBB erfolgt in allen Finanzämtern eine gleichmäßige Verteilung des vorhandenen Personals, die in regelmäßigen Abständen auch angepasst wird.

Grundsätzlich ist der Personalbestand in den jeweiligen Dienststellen der einzelnen Finanzämter also prozentual gleich.

Darüber hinaus bildet die PersBB nach einheitlichen Bundesvorgaben den Personalbedarf in den einzelnen Bundesländern und in den einzelnen Finanzämtern ab. Somit ist jeweils ersichtlich, wie hoch der tatsächliche Personalbestand sein sollte, und wie hoch die Unterbesetzung in den einzelnen Finanzämtern - auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern - ist.

Alle drei Jahre findet eine Anhörung der Gewerkschaften zur PersBB im Rahmen der Tagung der Bundesarbeitsgruppe PersBB der Verwaltung statt. Am 20. Mai 2014 folgten die DSTG - Kollegen Michael Volz (stellvertr. Bundesvorsitzender), Gerd Fleischhacker (Hessen), Heinz Katerkamp (Nordrhein-Westfahlen), Burkhard Köhler (Mecklenburg-Vorpommern), Christian Keil (Sachsen-Anhalt) und Uschi Japtok (Niedersachsen) der Einladungl.

Die DSTG-Vertreter hatten sich im Vorhinein auf einen vorzutragenden Themenkatalog verständigt. Folgende Themenschwerpunkte mit Änderungswünschen stellte die DSTG im Rahmen der Anhörung zur Diskussion:

1. **Arbeitsverdichtung im Veranlagungsbereich**
   Mit Einführung von KONSENS I und von Risikomanagementsystemen (RMS) ist die Arbeit in den Veranlagungsbereichen mehr geworden. Die DSTG bat die Bundesarbeitsgruppe daher, Zuschläge aufgrund der Arbeit mit KONSENS und den Risikomanagementsystemen aufzunehmen.
2. **Selbstanzeigen in der Praxis**
   In vielen Bundesländern ist zwischenzeitlich die Anzahl der Selbstanzeigen nach Auffassung der DSTG dauerhaft - angestiegen. Die Abarbeitung der Selbstanzeigen führt zu einer Arbeitsverdichtung in den Veranlagungsstellen und insbesondere in den Stellen der BuStRA.
3. **Arbeitsübergang von Kommunen auf Finanzverwaltung/ELSTAM**
   Die DSTG machte deutlich, dass die durch die Einführung von ELSTAM entstandene Mehrarbeit in

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

zu geringer Höhe in der PersBB abgebildet ist und hier nachzubessern sei.
Die Bundesarbeitsgruppe informierte, dass z.Zt. eine Statistikanmeldung im Verfahren KONSENS läuft, damit der tatsächliche Aufwand festgestellt werden kann. Aktuell seien in der PersBB 20 % der Anlagen N als ELSTAM-Fälle berücksichtigt.

4. **Internationaler Datenfluss**
   Durch die neue Zinsrichtlinie werden nach Einschätzung des BZSt ab 2017 jährlich rund 1 Milliarde Datensätze zu erwarten sein. Die DSTG bat um vorausschauende Berücksichtigung. Die Einführung von ELSTAM mit rund 220 Millionen Datensätzen hat gezeigt, welche Auswirkungen hier zu erwarten sind.
5. **Rechteverwaltung**
   Momentan ist das Thema nach Auffassung der Bundesarbeitsgruppe zu früh für eine Berücksichtigung. Die Arbeitsgruppe sagt zu, dieses Thema im Auge zu behalten.
6. **Betriebsgrößenklassen**
   Die DSTG kritisiert die Aufnahme von Bandbreiten in Prüfungsturnusse der Betriebsprüfungen in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen. Eine Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern sei hier nicht mehr gegeben. Nach den Erläuterungen der Arbeitsgruppe ist der Prüfungsturnus in der Finanzministerkonferenz 1997 festgelegt. Mit der Festlegung der Bandbreiten soll sichergestellt werden, dass die Länder flexibel bleiben.

Die DSTG nimmt die Erläuterungen der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.

In Veranlagungsbereichen anzumerkende Änderungswünsche werden demnächst durch eine Überarbeitung der PersBB-Werte in den Mustern Körperschaftsteuer, Personengesellschaften, Steuerpflichtige

mit gewerblichen Einkünften und beschränkt Steuerpflichtige in fachlicher Hinsicht überprüft. Es ist auch geplant, die veranlagungsfernen Tätigkeiten mit zu prüfen. Die z.Zt. noch gültigen Werte wurden 1996 festgelegt. Eine neue Ermittlung der Werte ist auch nach Ansicht der DSTG unbedingt erforderlich. Nach dem jetzigen Zeitplan wäre die Expertenschätzung in ausgewählten Finanzämtern im Jahre 2016 durchzuführen.

Der Teilnehmerkreis diskutiert auch die vorgegebenen Werte zur Ermittlung des Bedarfs an Steuerfahndern/innen und in der Folge an BuStRA-Mitarbeitern/-innen. Grundlage sind z.Zt. die Komponenten Bruttowertschöpfung und Einwohnerzahl. Die Arbeitsgruppe wird sich dieses Themas auf ihrer nächsten Sitzung annehmen.

1) Konditionen freibleibend, **effektiver Jahreszins 7,18 %**
2) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied

6,99 %[1] p. a. Abruf-Dispokredit[2]

Sollzinssatz (veränderlich) Effektiver Jahreszins 7,18 %

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

+ 30,– Euro Startguthaben über das
dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG
1. PLATZ
Bank des Jahres
Überregionale Filialbanken
Kundenbefragung Nov. 2013 6 Filialbanken
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut
n-tv

Exklusiv zum kostenfreien Bezügekonto[2] bietet Ihnen die BBBank mit dem günstigen Abruf-Dispokredit einen attraktiven Mehrwert:

- Schnelle Kreditentscheidung
- Flexible Rückzahlung
- Abruf ganz nach Ihrem Bedarf

Beispiel:	Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
	Laufzeit	12 Monate
	Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
	Effektiver Jahreszins	**7,18 %**

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von max. 75.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an (Verlängerung möglich).

BBBank eG
Direktbank, 76119 Karlsruhe
Tel. 07 21/141-23 09, Fax 07 21/141-23 08
E-Mail direktbank@bbbank.de

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst